

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Neben den von unserer Gruppe gestellten Anträgen gab es in der letzten Kreistagsitzung ein wenig Aktivität von Seiten der CDU. Neben einem albernem Antrag zum „Extremismus“, den Rieke Wolters für uns in gewohnt satirischer Manier zerpfückte, kommen von dort aber auch gute Vorschläge, die wir mittragen können – so die Verabschiedung des Antrages, den Schülern der Sekundarstufe II freie Fahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen.

TOP 5 – Vergütung der Beschäftigten bei der GAB

Die Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung, kurz GAB, ist ein Unternehmen im Eigentum des Landkreises Göttingen. In diesem Unternehmen kommt der TVöD allerdings nicht zur Anwendung.

Mit unserem Antrag fordern wir nun, die Situation der Beschäftigten zu verbessern, indem eine tarifvertragliche Regelung ausgehandelt werden soll. Dazu schlagen wir Verhandlungen mit der Gewerkschaft verdi vor. Eckhard Fascher schlug in seiner Rede außerdem vor, den Betriebsrat in den Fachausschuss einzuladen.

Die Antworten der Redner der Mehrheitsgruppe waren sodann nicht frei von Widersprüchen. So wurde darauf hingewiesen, dass die Bezahlung bereits jetzt ganz ordentlich sei, wobei die derzeitigen Einzelverträge an den TVöD angelehnt seien. Gleichwohl wurde der Teufel an die Wand gemalt, wenn dies nun geändert werden sollte. Dadurch würden Defizite entstehen, da die Gesellschaft mit Unternehmen in Konkurrenz stehe, die mit Mindestlöhnen arbeiteten. Wenn der Landkreis diese Defizite ausgleichen müsste, wäre das ein „Eingriff in den Wettbewerb“, der den neoliberalen Parteien ja heilig ist. -> Die weitere Beratung erfolgt im Sozialausschuss.

TOP 6 – 100 geförderte Arbeitsplätze schaffen

In unserem Antrag wird der Auftrag an die Verwaltung formuliert, ein Konzept zur Schaffung von 100 geförderten Arbeitsplätzen für Empfänger von SGB-II-Leistungen zu entwickeln. Es soll sich dabei um reguläre Beschäftigungsverhältnisse handeln, deren Vergütung nach dem gültigen Tarifvertrag erfolgt.

Mit dem Hinweis, dass es Projekte dieser Art in allen Bundesländern mit LINKER Regierungsbeteiligung bereits gebe, brachte Eckhard Fascher unseren Antrag ein. Während die Redner von Grünen und FWLG, Linne und Dinges, sich sachlich mit dem Antrag auseinandersetzten, wurden von den CDU- und SPD-Vertretern, Thriene und Philippi, nur platte Sprüche in die Debatte geworfen. Landrat Reuter meinte gar, die Langzeitarbeitslosen seien ohnehin viel zu träge, da sie sich nicht einmal in Sportvereinen anmeldeten, obwohl dies kostenlos möglich sei.

Die weitere Beratung erfolgt im Fachausschuss.

TOP 7 – Ansiedlung eines großflächigen Möbelmarktes in Göttingen verhindern

Ganz gleichgültig, was in den lokalen Medien abwechselnd berichtet wird, wer sich ansiedeln möchte und wer nun gerade doch nicht, schlug unsere Gruppe dem Kreistag vor, der Landkreis solle sich in die Aufstellung des Bebauungsplanes einbringen und dabei eine Ablehnende Haltung vertreten.

Hans-Georg Schwedhelm erläuterte den Antrag und wies darauf hin, dass das sog. „Randsortiment“ der Möbelmärkte eine bedeutende Konkurrenz für den Einzelhandel in den Innenstädten darstelle.

Während Martin Worbes von den Grünen darin und auch sonst überhaupt kein Problem erkennen konnte, setzte sich die Groner Bürgermeisterin Sterr (SPD) vehement für die Einrichtung eines Möbelmarktes mit möglichst gigantischen Ausmaßen ein – in „ihrem“ Stadtteil möchte sie keiner „Verhinderungspolitik“ ausgesetzt sein.

Als Stimme der Vernunft trat diesmal Lothar Koch von der CDU in Erscheinung. Er könne unserer Argumentation voll und ganz folgen und beurteile das Vorgehen der Stadt Göttingen als „nicht akzeptabel“. Insbesondere seien auch die Möbelmärkte im Landkreis gefährdet.

Auch wenn hier nun zwei kirchturmpolitische Alternativen gegenüber traten: Dass die Mehrheitsgruppe offenbar nichts gegen die Verödung der Innenstädte hat, zeigt, wie sehr sie nur noch sogenannten „Investoren“ gefällig sind.

TOP 10 – Radweg-Lückenschluss Göttingen - Niedernjesa

Einen ähnlichen Antrag, in dem vordringlich der Bau einer Brücke über die Rase bei Rosdorf vorgeschlagen wird, um die Radwegverbindung entlang der Leine zu verbessern, hatte DIE LINKE bereits in der vergangenen Wahlperiode gestellt. Merkwürdigerweise meinte die Grünen-Abgeordnete Wirth nun, der Antrag sei „zu spät“ gestellt worden.

Die weitere Beratung erfolgt nun im Bauausschuss, wogegen – nicht zum ersten Mal – der SPD-Mann Aue etwas hatte. Selbst die eigene Geschäftsordnung ist offenbar störend, wenn die Anträge von uns kommen.

TOP 33 – Freies W-LAN in Gebäuden des Landkreises

Dieser Antrag wurde von uns bereits vor der Sommerpause eingebracht und sein Inhalt traf auch auf einen allgemeinen Konsens. Obwohl sich also ausnahmslos alle Abgeordneten mit unseren Forderungen einverstanden erklären konnten, wurde nicht unser ursprünglicher Antrag beschlossen, sondern eine modifizierte Fassung, da wir andernfalls ja einen Erfolg hätten verbuchen können. Sei's drum, die Situation wird sich nun ganz sicher verbessern und das Niveau der Digitalisierung im Landkreis Göttingen dürfte bald das diverser Schwellenländer erreicht haben.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 9 – Extremismusprävention stärken

Zum laufenden Wahlkampf wurde von der CDU ein Antrag vorgelegt, der – wie Konrad Kelm in seiner Rede bemerkte – so ähnlich auch von der AFD in diverse Parlamente eingebracht wurde, wobei Göttingen als „Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt“ bezeichnet wurde. Begründet wurde das dann aber mit Vorgängen in Hamburg am Rande der G-20-Proteste.

Das Problem des Rechtsextremismus in Südniedersachsen wurde dabei großzügig umschifft und das Bündnis gegen rechts existiert für die CDU einfach nicht.

Andrea Obergöker (Grüne) wies in ihrer guten Rede darauf hin, dass der Extremismusbegriff nicht nur unwissenschaftlich sei sondern so auch nur in Deutschland verwendet werde. Der Antrag, der nun im Jugendhilfeausschuss beraten wird, sei als populistische Gleichmacherei von rechts und links zu werten.

Zudem sei eine Kriminalisierung der berechtigten G-20-Proteste nicht hinnehmbar.